

Antragsbereich WPA / Antrag 14/III/2022

AntragstellerInnen: OV Neuhausen-Nymphenburg

Empfänger: Unterbezirksparteitag

Stadtratsfraktion Oberbürgermeister

14/III/2022: Baugenossenschaften erhalten

1 Die Münchner SPD wird aufgefordert, sich über den Oberbürgermeister, die Stadt-
2 ratsfraktion und ihre Bundestagsabgeordneten einzusetzen, damit auf Bundes-
3 ebene endlich eine Lösung für die Wohnblöcke der Eisenbahnergenossenschaften
4 in München erreicht wird, die bisher in ihrem Bestand nicht gesichert sind.

5

6 **Begründung**

7 Auch wenn eine Genossenschaft aus eigenem Aufwand einen Teil der Blöcke
8 sehr teuer erwerben konnte, besteht weiterhin die Gefahr, dass noch bezahlbare
9 Wohnungen in Neuhausen-Nymphenburg nicht gehalten werden können, da der
10 Bund in Vertretung des Bundeseisenbahnvermögens nicht in der Lage ist, für die
11 vor Jahrzehnten klug an die Genossenschaften vergebenen Grundstücke eine
12 politische und rechtliche Lösung zu finden, mit der die Wohnungen dauerhaft
13 gesichert werden.

14

15 Wir fordern von der SPD auf allen Ebenen, insbesondere aber als Teil der neuen
16 Bundesregierung, mit allen betroffenen Ministerien - Verkehr, Bauen und Woh-
17 nen, Finanzen - eine Lösung in folgendem Sinne herbeizuführen: Ein Verkauf
18 von Grundstücken mit genossenschaftlichen Wohnungen von Bediensteten der
19 öffentlichen Daseinsvorsorge ist ausschließlich unter Berücksichtigung sozialer
20 Erwägungsgründe und nicht maximaler Gewinnerzielung vorzunehmen.

21

22 Es kann nicht sein, dass untergeordnete Behörden, welche den Grund und
23 Boden der Allgemeinheit verwalten, immer noch ihre Geschäfte so zu führen
24 haben, dass ein Verkauf maximale Gewinne erzielen muss. Stattdessen sollen
25 sie einer Rechtsgrundlage und politischer Strategie verpflichtet sein, die soziale
26 Erwägungsgründe vorrangig berücksichtigt.

27

28 Die Flächen hier zentral in München müssen dauerhaft für bezahlbaren Wohn-
29 raum gesichert werden. Zwar sind die Flächen teilweise Teil eines Erhaltungssat-
30 zungsgebiets. Da aber für etwaige Vorkaufsrechte auch weiterhin keine Lösung
31 auf Bundesebene gefunden wurde, die Möglichkeiten und Rechte der Kommunen
32 zumindest wieder auf das Level vor dem Grundsatzurteil von Leipzig zu stellen,
33 ist auch die Möglichkeit der Stadt eingeschränkt, hier einzuspringen und im
34 Zweifel einen überhöhten Preis zur Rettung der Wohnungen zu übernehmen.

35 Für den Stadtteil Neuhausen-Nymphenburg könnte ein Übergang des bisherigen
36 Genossenschaftseigentums an private Investoren auch zu einer gravierenden
37 negativen Veränderung seiner sozialen Struktur führen – mit wiederum entspre-
38 chenden Konsequenzen für die Erhaltungssatzungsgebiete.

39

40 Wir erwarten daher hier endlich eine Klärung auf Bundesebene.

41

42